



BZÖ will Anzeigepflicht bei Kindesmisshandlung

Dank dem BZÖ wurden Kinderrechte und Generationengerechtigkeit in die Verfassung geschrieben.

Nun geht es laut dem stellvertretenden Klubobmann und Justizsprecher Ewald Stadler darum, dass konkrete Gesetze folgen. „Jetzt sollen die Gesetze, die die Jugendwohlfahrt, das Jugendstrafrecht und die Rolle der Kinder im Sorge- und Besuchsrecht betreffen, geändert werden.“

„Wir müssen endlich echte Gesetze mit echter Verantwortung einführen“, verlangt Stadler. Das Wegschauen bei Kindesmisshandlung und Kindesmissbrauch müsse unter Strafe gestellt werden.

Stadler: „Das tragische Beispiel des dreijährigen Cain, der mit einem Besenstiel zu Tode geprügelt worden ist und wo der Täter amtsbekannt war, beweist, wie wichtig eine Anzeigepflicht ist!“

Bei der Generationengerechtigkeit geht es laut Familiensprecherin Ursula Haubner um die Wahrung der Interessen künftiger Generationen bei Zukunftsinvestitionen, Forschung, Familie und Gesundheit. Haubner erinnert: "Generationengerechtigkeit ist BZÖ-Politik, die nicht auf Kosten künftiger Generationen aufgebaut ist."



Zum Schutz der Kinder will Ewald Stadler, dass jeder Misshandlungen und Missbrauch anzeigen muss.

Verbrecher ist Sozialschmarotzer

Ein mutmaßlicher Kindesmörder hat mit 25 Jahren eine Invaliditätspension in der Höhe von brutto 1150,50 Euro erhalten - für nur 101 Beitragsmonate.

Effektiv gearbeitet hat der Serbe von dieser Zeit nur sechs Monate, weil Arbeitslosigkeit und Gefängnisaufenthalte mitgerechnet werden. „Im Vergleich dazu erhalten Mindestpensionisten in Österreich 783 Euro – und haben dafür ein Arbeitsleben lang einbezahlt“, deckt der BZÖ-Abgeordnete Christoph Hagen auf.

Der Mix aus Drogendelikten, Diebstahl und Gewalttaten habe an diesem Sozialparadies nichts geändert. Hagen: „Da stimmt das System nicht!“



Aufgrund des Versagens der Bundesregierung leidet Österreich unter immer höheren Steuern und Schulden. Ich sage: Genug gezahlt!

Allein im Jahr 2010 hat Österreich den EURO-Pleite-Staaten mit 20 Mrd. in Form von Geld, Krediten oder Haftungen unter die Arme gegriffen. Für dieses Geld könnte man 100.000 Einfamilienhäuser bauen - genug Häuser, um der gesamten Bevölkerung von Graz ein neues Dach über dem Kopf zu geben!

Das Gegenteil war vereinbart: Bei Einführung des EURO wurde fixiert, dass es keine Finanzspritzen für EURO-Länder in finanziellen Schwierigkeiten geben darf, denn jedes Land muss seine Finanzen in Ordnung halten.

Faymann und Pröll haben die Interessen der Österreicher verraten! Genug gezahlt: kein Geld mehr für Pleite-Staaten!

Wehrpflicht: Bucher will Bürgerhilfe statt Zivildienst

An der Aussetzung der Wehrpflicht und dem BZÖ-Modell der Bürgerhilfe führt kein Weg vorbei.

"Die Wehrpflicht ist nicht mehr zeitgemäß und in ganz Europa ein Auslaufmodell. Auch Österreich kann sich diesem Trend nicht verschließen. Das BZÖ fordert daher ein Freiwilligenheer mit Milizkomponente und das Modell der Bürgerhilfe als Zivildienstersatz", erklärt BZÖ-Chef Klubobmann Josef Bucher.

Derzeit werden 40 Prozent des zwei Milliarden schweren Heeresbudgets für den Grundwehrdienst aufgewendet. Bei einer Abschaffung der Wehrpflicht stünden damit rund 800 Millionen Euro für ein Berufsheer zur Verfügung. Zusätzlich beträgt der Steuerentfall durch die Zwangsverpflichtung der

Grundwehrdiener über 300 Millionen Euro jährlich, so Bucher. Sowohl die Berechnungen des BZÖ wie auch des WIFO zeigen, dass ein Berufsheer insgesamt günstiger kommt.

Für Bucher ist das BZÖ-Modell der Bürgerhilfe nötig, um die jährlich zehn- bis dreizehntausend Sozialdienstleistenden zu ersetzen und das Sozialsystem langfristig zu sichern, da schon jetzt in diesen Berufen Personal fehlt. "Unser BZÖ-Modell richtet sich an junge Menschen, die mindestens ein Jahr freiwillig Sozialdienst leisten wollen. Ebenfalls machen wir den 25.000 Langzeitarbeitslosen, die über ein halbes Jahr beschäftigungslos sind, das Angebot, über diesen Weg den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu schaffen. Und als dritte Säule soll, wie in Deutschland, es Pensionisten



Bucher will das BZÖ-Modell der Bürgerhilfe als Zivildienst-Ersatz.

ermöglicht werden, ihre Erfahrungen im Rahmen der Bürgerhilfe gerade im Pflegebereich zu nützen."

Grosz: ÖBB-Skandale werden im Parlament geprüft

Der RH-Unterausschuss zur Klärung der ÖBB-Skandale wurde auf Drängen des BZÖ eingesetzt.

Der Rechnungshof-Unterausschuss wird laut BZÖ-Rechnungshofsprecher Gerald Grosz rasch seine Tätigkeit aufnehmen und bis zu sechs Monate andauern. Dem Auftrag gemäß sind sämtliche Prüfforderungen des BZÖ erfüllt.



Grosz: ÖBB-Skandale aufklären!

„Dieser Sumpf gehört trockengelegt! Die ÖBB wurden und werden von SPÖ und ÖVP als Selbstbedienungsladen missbraucht. Den Beschaffungsvorgängen im Geruch von illegalen Parteispenden, ungerechtfertigten Beschaffungen in Milliardenhöhe, der Verliederung der Sitten und den Spekulationen muss ein Ende gesetzt werden", fordert Grosz.